

---

## **Dringlicher Antrag**

der Piratenfraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen sofortigen generellen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen zu erlassen. Diese Regelung gilt bis einschließlich 31. März 2014 sowie jeden folgenden Winter vom 1. November eines Jahres bis einschließlich 31. März des Folgejahres. Angehörige diskriminierter Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen in den Balkanstaaten sowie in anderen Regionen mit entsprechend problematischen Witterungs- und Unterkunftsbedingungen bedürfen des besonderen Schutzes. Auch für besonders schutzbedürftige Personen gemäß Art. 17 der EU-Aufnahmerichtlinie müssen die Wintermonate als Abschiebehindernis gelten.

---

### ***Begründung***

In den letzten Jahren fanden in den Wintermonaten keine Abschiebungen besonders schutzbedürftiger Minderheiten durch die Berliner Ausländerbehörde statt. Doch im letzten Winter hat die Berliner Ausländerbehörde einen Politikwechsel vollzogen und kurz vor Weihnachten damit begonnen, Flüchtlinge aus Serbien abzuschicken. Unter ihnen waren Familien mit kleinen Kindern, Jugendliche, die in Berlin aufgewachsen sind, und Erwachsene mit schweren Erkrankungen.

Dies stellt eine unzumutbare Härte dar. Denn für Angehörige von schutzbedürftigen Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen stellt sich die Situation in den Balkanstaaten besonders schwierig dar. Diesen Menschen wird in ihren Herkunftsländern zum Teil systematisch der Zugang zu Wohnraum, Schulbildung und Krankenversorgung oder auch die Registrierung als Arbeitsuchende verwehrt. Dies ergibt sich unter anderem aus den Lageberichten des Auswärtigen Amtes, den Entscheiderbriefen des *Bundesamtes für Migration und Flücht-*

*linge* und Berichten des *Europarats* sowie Berichten von Organisationen wie *amnesty international* und *Human Rights Watch*.

Die im April 2013 von PRO ASYL veröffentlichte Dokumentation „Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat von Asylsuchenden in Deutschland?“ belegt eindrücklich, dass Menschen- und Minderheitenrechte in Serbien oft nur auf dem Papier gewährleistet sind. Von staatlicher Seite wird gegen rassistische und rechtsextreme Gewalt, der insbesondere Roma in besonderem Maße ausgesetzt sind, nur unzureichend vorgegangen. Nicht nur bei der Zwangsräumung von Roma-Siedlungen ist der serbische Staat selbst Urheber von Menschenrechtsverletzungen.

Deshalb ist aus Sicht der Antragstellerinnen die Abschiebung von Personen der genannten Gruppen grundsätzlich infrage zu stellen. Ein erster Schritt zur Vermeidung von Härten wäre ein Winterabschiebestopp. Im Winter verschärft sich die Lebenssituation schutzbedürftiger Minderheiten dramatisch. So führt zum Beispiel die Diskriminierung von Roma, Ashkali, Ägyptern und Goranen in Serbien, Mazedonien und im Kosovo dazu, dass viele Betroffene in kaum beheizbaren Behelfssiedlungen leben müssen und ihnen Obdachlosigkeit droht.

In Deutschland haben im letzten Winter Bundesländer wie Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen einen Winterabschiebestopp für diese Gruppen erlassen und ihre Ausländerbehörden angewiesen, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge während des gesamten Winters nicht abzuschicken. Berlin sollte dem in diesem Winter folgen und die Regelung verstetigen.

Berlin, den 05. November 2013

Herberg Reinhardt Höfinghoff  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion

U. Wolf Taş  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Die Linke

Pop Kapek Bayram  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen